

Probleme des deutschen Waffenexports in den Nahen und Mittleren Osten

Lühr Henken

Essen, Volkshochschule, 24.10.12

Aus den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung, so oberflächlich und unkonkret sie sind, lässt sich doch herauslesen, dass seit 2008 die Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern, also Kriegswaffen und waffentechnisch verwendbare Teile, in den Nahen und Mittleren Osten sehr zugenommen haben. Die Liste führen die Vereinigten Arabischen Emirate an. Exportierte die Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren laut SIPRI noch Rüstungsgüter für rund 300 Mio. Dollar, genehmigte die Regierung in den Jahren 2008 bis 2010 den Export für fast eine Milliarde Euro. Nach Saudi-Arabien summieren sich die deutschen Rüstungsexporte seit 1991 auf rund 100 Mio. Dollar, von 2008 bis 2010 genehmigte die Regierung Rüstungsausfuhren für 600 Millionen Euro. Es folgen in der Auflistung Kuwait, Israel, Oman, Bahrain und Katar. Welche Rüstungsgüter von diesen genehmigten Ausfuhren tatsächlich exportiert werden und wann, zwischen Genehmigung und Lieferung können Jahre liegen, lässt sich aus den Berichten nicht entnehmen.

Der Nahe und Mittlere Osten wird umgangssprachlich als „Spannungsgebiet“ bezeichnet, in das keine Waffen geliefert werden dürfen. Allerdings findet sich der Begriff in den einschlägigen Vorschriften nicht. Stattdessen werden diese Zonen so beschrieben. Ich zitiere aus den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen“ aus dem Jahr 2000:

„Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern wird nicht genehmigt in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht, in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden.

Lieferungen an Länder, die sich in bewaffneten äußeren Konflikten befinden oder bei denen eine Gefahr für den Ausbruch solcher Konflikte besteht, scheidet deshalb grundsätzlich aus, sofern nicht ein Fall des Artikels 51 der UN-Charta vorliegt.“ (Punkt 5 der „Politischen Grundsätze“) Artikel 51 erlaubt die militärische Selbstverteidigung eines Staates bis sich der UN-Sicherheitsrat der Sache angenommen hat.

Auf den ersten Blick scheint es so zu sein, dass es demnach Waffenlieferungen in den Nahen Osten, nach Südasien und Südkorea nicht geben dürfte, denn dort drohen bewaffnete äußere Konflikte. Geliefert wird dennoch. Es wird einfach behauptet, die Lieferungen wirkten eben nicht auslösend für Kriege, würden die Spannungen eben nicht verschärfen und würden sie auch nicht aufrechterhalten. Falls daran dennoch Zweifel bestehen, wird Artikel 51 der UN-Charta, das Recht auf Selbstverteidigung, legitimierend hinzugezogen. Also ist alles eine Frage des Ermessens. Debatten über heikle Lieferungsabsichten werden aus dem Bundestag verbannt. Die Entscheidungen fallen abhörsicher im Bundessicherheitsrat. Debatten nach den Entscheidungen finden anlässlich der Veröffentlichung des Rüstungsexportberichts statt – also bisher mindestens ein Jahr später. Forderungen nach Transparenz wehrt die Regierung ab.

Im Juni 2011 wurde bekannt, dass der Bundessicherheitsrat, dieser geheim tagende Ausschuss der Bundesregierung, der die Kanzlerin und acht Minister angehören, einer Voranfrage Saudi-Arabiens auf Lieferung von 270 Kampfpanzern des Typs LEOPARD 2 A7+ einstimmig zugestimmt hat. Die Regierung hat dazu bisher jede Stellungnahme verweigert und eine Exportgenehmigung von Minister Rösler liegt noch nicht vor. Der Deal könnte also noch abgeblasen werden. Allerdings erprobt der Generalunternehmer Krauss-Maffei Wegmann den Panzer in der saudischen Wüste.

Die Bundesregierung hat sich offenbar erstmals entschlossen, nun auch schwere Waffen direkt in „Spannungsgebiete“ zu liefern. Das bedeutet einen Tabubruch gegenüber allen vorherigen Bundesregierungen. Merkel hat das sogar öffentlich begründet. Im „Bergedorfer Gesprächskreis“ der Körber-Stiftung sagte sie im September 2011: [Zitat]„Wenn die Bundesrepublik davor zurückschreckt, militärisch zu intervenieren, dann reicht es in der Regel nicht, an andere Länder und Organisationen Worte der Ermutigung zu richten. Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein. [...] Wir sollten aber versuchen, einen Schritt weiterzugehen. Wenn wir uns im atlantischen Bündnis einig sind, dass die Nato nicht alle Konflikte lösen kann und dass den aufstrebenden Schwellenländern und Regionalorganisationen mehr Verantwortung zukommt, dann sollten wir im Bündnis bei den Rüstungsexporten auch schrittweise zu einer gemeinsamen Politik kommen.“ (DER SPIEGEL 10.10.11) Dass diese neuen außenpolitischen Leitlinien keine Floskeln sind, sondern handfest daran gearbeitet wird, wurde im Sommer bekannt. Beim NATO-Gipfel in Chicago im Mai habe die Bundesregierung „von der Öffentlichkeit unbemerkt“, so DER SPIEGEL, versucht „in der Nato eine Liste von Drittstaaten aufzustellen, mit denen Rüstungsgeschäfte aus strategischen Gründen erlaubt sein sollen.“ (DER SPIEGEL Nr. 31/2012, 30.7.12) Der deutsche NATO-Botschafter Erdmann hatte zu dem Zweck zwei Wochen vor dem NATO-Gipfel seine 27 NATO-Kollegen angeschrieben und unter anderem ausdrücklich die Mitglieder des Golfkooperationsrats als Empfängerländer erwähnt. (ftd.de 31.7.12) DER SPIEGEL urteilt: „Damit hätte Berlin auch heikle Waffenexporte innenpolitisch legitimieren können“. Denn man hätte dann elegant auf eine übergeordnete NATO-Erlaubnis verweisen können. Jedoch: „Die Deutschen scheiterten am Widerstand der Bündnispartner. Aufgeben will Merkel nicht. [...] Erdmann soll in Brüssel einen weiteren Versuch starten.“ (DER SPIEGEL Nr. 31/2012, 30.7.12) So DER SPIEGEL. Merkel lässt tatsächlich nicht locker. Vorgestern in Strausberg vor der Bundeswehrführung machte sie den untauglichen Versuch, Rüstungsexporte als Friedensmittel umzudeuten: Sie sagte: „Wer sich der Friedenssicherung verpflichtet fühlt, aber nicht überall auf der Welt eine aktive Rolle in der Friedenssicherung übernehmen kann, der ist auch dazu aufgerufen, vertrauenswürdigen Partnern zu helfen, damit sie entsprechende Aufgaben übernehmen.“ Andere Länder und regionale Organisationen sollten nicht nur ermuntert, sondern auch durch „Ausbildung und Unterstützung bei der Ausrüstung“ in die Lage versetzt werden, bestimmte Konflikte selbst zu lösen. Dabei müssten sich NATO und EU auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen.“ (handelsblatt.com 22.10.12) Merkels Welt: Rüstungsexport dient dem Frieden. Also: Frieden schaffen mit mehr Waffen.

Was sind das für Panzer, die nach Saudi-Arabien exportiert werden sollen?

Krauss-Maffei Wegmann (KMW) bietet seit 2005 den Typ LEOPARD 2 A7+ an, von denen Saudi-Arabien 270 Stück kaufen will. KMW bewirbt ihn wörtlich als „Kampfpanzer des 21. Jahrhunderts“, mit dem sich die „neuen Herausforderungen“ wie, so wörtlich, „asymmetrische Bedrohungen, zum Beispiel Terroristen, Sprengfallen (IED's) oder Einzelpersonen“ bekämpfen lassen.

Speziell auf den Stadt- und Ortskampf ausgerichtet, erhielt der A7+ einen ungewöhnlichen Tarnanstrich, der den Verhältnissen in Innenstädten angepasst ist. Mit ihm werden, so KMW, die Soldaten „optimal auf neue Einsatzszenarien vorbereitet“. Das geschehe im Vergleich zum Basis-Modell A5 vor allem durch hochwirksamen Rundumschutz, verbesserte Aufklärungsfähigkeit mittels einer hochauflösenden Tageslichtkamera mit Zoom-Möglichkeit und Wärmebildkamera bei Nacht und schlechter Sicht, ein Räumschild, um im Ortskampf Barrieren zu beseitigen, eine Nahfeldbeobachtungsfähigkeit, nicht-letale Bewaffnung, Suchscheinwerfer und durch direkte Kommunikation mit abgessenen Kräften sowie durch erweiterte Bewaffnungsmöglichkeiten gegenüber den anderen LEOPARD 2- Varianten. So kommt wahlweise ein Maschinengewehr Kaliber 12,7 mm und ein Granatwerfer Kaliber 40 mm hinzu. Die FAZ beschreibt die Fähigkeiten dieses Panzers so: Mit dem MG kann „man auch steil nach oben schießen – beispielsweise in engen Straßen

gegen Feinde auf Hausdächern. Neue Munition, die zeitverzögert explodiert, wirkt auch hinter Mauern. Außerdem kann der Panzer rundum gegen Panzerfaustangriffe gewappnet werden, das Fahrwerk wurde verbessert, eine Kühlanlage sorgt auch in heißen Ländern für erträgliche Temperaturen.“ (FAZ 6.7.11) Also quasi eine uneinnehmbare mörderische Festung. Auf die 120mm-Glattrohrkanone von Rheinmetall wird selbstverständlich nicht verzichtet. Rheinmetall bietet für den A7+ ein um 1,30 m verkürztes Rohr an, weil die kürzere Waffe beim Einsatz in engen Straßen und Gassen von Vorteil sei.

Zur Munition muss noch ein Wort mehr verloren werden. LEOPARD 2-Panzer können mit sogenannter High-Explosive-Gefechtsmunition (HE-Munition) ausgerüstet werden, die gegen sogenannte weiche und halbharte Ziele eingesetzt wird. Weiche Ziele sind Menschen, halbhart ist alles unterhalb von Verbunkerungen und starken Panzerungen. Rheinmetall schreibt über die HE-Munition auf ihrer Website: „Durch einen Sprengkopf mit hoher Sprengleistung und einer Mischung aus Stahl- und Schwermetallkonstruktionssplintern wird eine sehr gute Wirksamkeit bei unterschiedlichsten Zielen wie Lenkflugkörperstellungen, Zielen hinter Deckungen und in Gebäuden sowie Schützenpanzern, Transportfahrzeugen oder abgessener Infanterie erreicht.“ Klar ist, der Panzer A 7+ soll im Straßen- und Häuserkampf eingesetzt werden.

Ausgerechnet Saudi-Arabien interessiert sich für diesen einzigartigen Panzertyp. Dieses absolutistisch regierte Königreich, dessen Herrscher über dem Gesetz steht, dessen Staatsbürger der Scharia unterworfen sind, wo Parteien, Gewerkschaften, Streiks, ja selbst Demonstrationen verboten sind. Das feudalistische Saudi-Arabien ist ein Zentrum des sunnitischen Fundamentalismus, dessen Staatsreligion der Wahabismus ist. Das Wahabiten-Regime unterstützt weltweit den Salafismus, eine besonders fanatische und intolerante Spielart des Islamismus. Salafistische Organisationen hierzulande werden vom Verfassungsschutz als ideologische Brutstätte des gewaltsamen Dschihadismus identifiziert und verfolgt. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung schrieb: „Die Ausbreitung der Bewegung wird nach Beobachtungen des Verfassungsschutzes wesentlich durch Kräfte in Saudi-Arabien unterstützt. ‚Die salafistische Bewegung in Deutschland wäre ohne den saudischen Einfluss niemals so groß geworden.‘, sagte Benno Köpfer, Islamwissenschaftler beim baden-württembergischen Verfassungsschutz der FAS. ‚Saudi-Arabien gibt dafür sehr viel Geld aus‘“, sagte Köpfer. (FAS 3.7.11)

Einige wenige Auszüge aus dem Länderreport 2012 von amnesty international belegen die Repressivität des saudischen Systems: „Tausende von Menschen, die in den vergangenen Jahren aus Sicherheitsgründen festgenommen worden waren, befanden sich 2011 noch immer in Haft. [...] Folter und grob ungerechte Gerichtsverfahren waren noch immer an der Tagesordnung. Gerichte verhängten erneut grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafen, die auch vollstreckt wurden, vor allem Auspeitschungen. [...] Mindestens 82 Gefangene wurden hingerichtet.“ (<http://www.amnesty.de/laenderbericht/saudi-arabien>)

Die Repression des saudischen Staates richtet sich vor allem gegen die schiitische Minderheit in Saudi-Arabien. Sie umfasst etwa zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger, die im ölfreuen Osten am Persischen Golf leben. Dieser seit Jahrzehnten schwelende Konflikt, in dem sich die Schiiten vor allem gegen die allgegenwärtige sunnitische Religionspolizei auflehnen, aber auch für ihre sozialen und politischen Rechte kämpfen, hat durch den „arabischen Frühling“ neuen Auftrieb erhalten. Die meist jugendlichen Saudis fühlen sich insbesondere mit ihren schiitischen Glaubensbrüdern im benachbarten Bahrain verbunden, deren Demonstrationen seit März 2011 mit Hilfe von 1.000 saudischen Sicherheitskräften und 200 gepanzerten Fahrzeugen unterdrückt werden.

In Saudi-Arabien selbst haben Sicherheitskräfte bei Demonstrationen bisher einige jugendliche Schiiten erschossen. Ihre Begräbnisse führten jeweils zu großen Protestkundgebungen in Saudi-Arabien. Die größte ereignete sich im November 2011 in Katif, eine 600.000 Einwohner zählende Stadt am Golf. Es war die bisher größte „Kundgebung seit drei Jahrzehnten mit gegen hunderttausend Teilnehmern“, berichtet die Neue Zürcher Zeitung (NZZ 31.1.12) Augenscheinlich fürchten die Ölprinzen um ihre Macht, wenn es um eine Demokratisierung geht. Sie sehen ihre Macht vor allem dann gefährdet, wenn es zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit ihrem Erzrivalen, dem schiitischen Iran, kommen sollte. Offensichtlich sollen die Panzer aus Deutschland zur inneren Repression eingesetzt werden.

Einschlägige Formulierungen der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung“ verbieten dieses Panzergeschäft. Ich zitiere daraus den Punkt 4:

„Genehmigungen für Exporte nach KWKG (Kriegswaffenkontrollgesetz) und/oder AWG (Außenwirtschaftsgesetz) kommen nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht, z.B. bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen und bei hinreichendem Verdacht des Missbrauchs zu innerer Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle.“ [Zitat Ende]

Jedoch, wie heißt es so schön: Keine Regel ohne Ausnahme. So auch in den Richtlinien: Punkt 2 lautet: „Der Export von Kriegswaffen wird nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland [...] für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen. Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen.“

Kanzlerin Merkel hat gegenüber Sat 1 am 8. Juli 2011, das war 11 Tage nach dem Beschluss des Bundessicherheitsrates, die „große strategische Bedeutung“ Saudi-Arabiens gewürdigt: [Zitat] „Riad sei ein wichtiger Partner im Kampf gegen den Terrorismus und gegen eine nukleare Bewaffnung Irans sowie im Nahost-Prozess. Allerdings gebe es erhebliche Defizite im Menschenrechtsbereich.“ (faz.net 8.7.11) Klar ist, die hehren menschenrechtlichen Grundsätze werden zur Makulatur, wenn geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen Vorrang gegeben wird.

DER SPIEGEL berichtet, dass die Lieferung nicht nur die Panzer umfasse, sondern auch Wartung, Schulung und die Lieferung von Ersatzteilen. „Das Geschäft ist bis zu fünf Milliarden Euro schwer.“ (DER SPIEGEL 10.10.11) Das Kanzleramt habe dieses Argument in der entscheidenden Sitzung des Bundessicherheitsrats genutzt: „Der Deal bedeute ein komplettes Paket, keine einmalige Lieferung. [...] Deutschland hätte einen dauerhaften Einfluss, das Kriegsgerät wäre ein Entree zur saudischen Führung.“ (DER SPIEGEL 10.10.11) Also von wegen: „ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung“. Für die Regierung sind Vorschriften dazu da, sie zu umgehen.

Aber es kommt noch dicker: Mitte Juni meldete BILD AM SONNTAG, dass Saudi-Arabien großes Interesse am Kauf von „weiteren“ (FAS 12.8.12) 600 bis 800 LEOPARD 2-Panzern habe. Der Vertragswert wird auf etwa 10 Milliarden Euro geschätzt. Dieser Deal ist noch nicht so weit gediehen wie der über die 270 Panzer. Innerhalb der Regierung werden allerdings Unstimmigkeiten ausgemacht: Während Röslers Wirtschaftsministerium dafür sei, seien das Kanzleramt, das Außen- und das Verteidigungsministerium dagegen. Eine offizielle Stellungnahme der Regierung gibt es nicht.

Kampfpanzer nach Katar

Das absolutistisch regierte Emirat Katar ist eine an Saudi-Arabien grenzende Halbinsel von der Größe des Kosovo im Persischen Golf und innenpolitisch ähnlich repressiv verfasst wie sein großer Nachbar. Katar erfreut sich seit vielen Jahren der Belieferung mit Kleinwaffen und Munition aus Deutschland. Im Mai 2009 jedoch wurde ein erster Tabubruch der damaligen Merkel-Steinmeier-Regierung bekannt, als der Bundessicherheitsrat die Ausfuhr von 36 LEOPARD 2-Kampfpanzern in den erdöl- und erdgasreichen Zwergstaat genehmigte. Da sich das Land durch seine unmittelbaren Nachbarn Saudi-Arabien und Bahrain nicht bedroht sehe, wertete DER SPIEGEL das Vorhaben damals „wohl eher als Vorzeigeobjekte“ (DER SPIEGEL 18.5.09). Tabubruch deshalb, weil überhaupt zum ersten Mal schwere deutsche Kriegswaffen in das Spannungsgebiet am Golf geliefert werden sollten. Israel hatte keine Einwände. Erst zwei Jahre später wurde bekannt, dass der Bundessicherheitsrat kurz danach im Sommer 2009 auch der Lieferung von 24 Panzerhaubitzen 2000 zugestimmt hatte. (welt.de 18.7.11) KMW als Generalunternehmer der 56-Tonnen-Ungetüme preist sie als „leistungsfähigste Artilleriesysteme der Welt“. Bis Ende 2011 ist die Lieferung von Panzern und Haubitzen laut SIPRI-Register nicht erfolgt. Ob in diesem Jahr geliefert wurde oder wird, ist unbekannt. Darüber hinaus wurde im Februar bekannt, dass sich Katar auch für 24 Kampfhubschrauber TIGER von Eurocopter interessiert. (dradio.de 22.2.12) Ende Juli machte die Meldung die Runde, dass Katar Interesse sogar an bis zu 200 Kampfpanzern LEOPARD 2 A7+ (FAS 12.8.12) hat. Der Geschäftswert wird auf zwei Milliarden Euro geschätzt. Die Bundesregierung hat das Ansinnen Katars bestätigt, der Bundessicherheitsrat jedoch hat bis Ende Juli zumindest darüber nicht beraten. „Das Kanzleramt und das Bundeswirtschaftsministerium stünden dem Vorhaben aber aufgeschlossen gegenüber.“ (zeit.de 30.7.12)

Zurzeit verfügt Katar über 30 leichte Kampfpanzer. Wie ist diese gigantische Aufrüstung des kleinen Landes zu erklären? Jedenfalls nicht damit, sein Prestige aufbessern zu wollen. Bisher hat sich Katar auf die Streitkräfte der USA verlassen, die ihren Stützpunkt in Katar absichern. Katar beherbergt das Zentrum der US-Streitkräfte am Persischen Golf mit dem regionalen Hauptquartier des Central Commands und dem Luftwaffenkommando. Beide sind u.a. für den Iran zuständig. 16 Prozent der Menschen in Katar sind iranischer Abstammung. Augenscheinlich sollen wie in Saudi-Arabien die deutschen Panzer zur Repression im Innern eingesetzt werden.

Aufrüstung schürt Kriegsgefahr

Wie ist die Flut von Waffen an die arabischen Golfstaaten zu erklären? Allgemein wird behauptet, man rüstet sich gegen eine iranische Atombombe. Das ist so sehr Allgemeingut, dass man gar nicht mehr hinterfragt, ob das stimmt. Dass selbst die US-Geheimdienste sagen, dass der Iran seit 2003 kein militärisches Atomprogramm verfolgt, wird hier achselzuckend beiseite gewischt. Aber was ist, wenn der Vater des iranischen Atomprogramms dasselbe sagt? Dann wird es hierzulande gar nicht berichtet. Als Vater des iranischen Atomprogramms gilt Akbar Etemad. Der heute 81jährige hat für den Schah von Persien das Atomprogramm entwickelt und hat mit dem Mullah-Regime nichts am Hut. Die Basler Zeitung stellte ihm im August folgende Frage: „Die iranische Regierung hat ein sehr schlechtes Image im Westen, weil der Westen sagt, der Iran wolle eine Bombe bauen. Stimmt das?“ Etemad: „Ja, es stimmt, dass der Westen sagt, der Iran wolle eine Nuklearwaffe bauen. Aber es stimmt nicht, dass der Iran das tut.“ (23.8.12, <http://bazonline.ch/25588153/print.html>)

Die Aussage muss schon verblüffen, steht sie doch im Widerspruch zu den gängigen Klischees. Werfen wir einen gründlicheren Blick auf die Kräfteverhältnisse am öl- und gasreichen Golf. Allein schon der Vergleich der Militärhaushalte der sechs Länder des Golfkooperationsrats mit dem des Iran macht die militärische Überlegenheit der arabischen Seite deutlich. Der Iran gibt jährlich rund 10 Milliarden Dollar für sein Militär aus. Die sechs arabischen Golfmonarchien kommen zusammen auf das Siebenfache. Darüber hinaus sind die USA in allen sechs Staaten militärisch präsent. Zu erwähnen ist hier auch der Stützpunkt der 5. US-Flotte in Bahrain. Zudem rüsten die sechs Länder, angeführt

von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, auf. Die in den letzten 10 Jahren eingeführten Kriegswaffen im Wert von etwa 20 Milliarden Dollar waren jedoch nur ein Vorspiel. Seit 2010 laufen zwischen diesen Staaten und den USA Verhandlungen über wesentlich größere Waffenimporte. So wurden für die saudische Luftwaffe Verträge in Höhe von 68 Milliarden Dollar abgeschlossen. Verhandlungen über die Lieferung von Kriegsschiffen in Höhe von 30 Milliarden Dollar laufen seit 2010. Die Aufrüstung wird in den USA ausschließlich mit der Rüstung gegen den Iran begründet. Schon im Oktober 2010 wurde bekannt, dass auch weitere Golfstaaten mit Verweis auf den Iran Waffenbestellungen in den USA aufgegeben haben. So die Emirate für 35 Milliarden Dollar, Oman für 12 und Kuwait für 7 Milliarden. (FAZ 12.10.10). Aufgrund dessen sind die US-Kriegswaffenexporte im letzten Jahr bereits auf ein historisches Hoch katapultiert worden. Mit Waffen für 66,3 Milliarden Dollar exportierten die USA dreimal so viel wie 2010. (FAZ 28.8.12) Insgesamt wird die Summe dieser zusätzlichen Waffen für arabische Golfstaaten auf etwa 150 Milliarden Dollar geschätzt. Verglichen mit dem Iran liegen diese Waffenimportwerte also 15 mal höher als das gesamte jährliche iranische Militärbudget. Dazu würden dann noch die deutschen Panzerexporte im Wert von über 20 Milliarden Dollar kommen – und die deutschen U-Boot-Lieferungen an Israel - nicht zu vergessen. Angesichts der US-Präsenz am Golf und der Ausstattung aller arabischen Staaten dort mit Raketenabwehrsystemen muss sich der Iran eingekreist und bedroht fühlen, angegriffen zu werden. Von Israels Angriffsdrohungen ganz zu schweigen.

De Maizière rechtfertigt die deutsche Panzerlieferung damit, dass Saudi-Arabien ‚ein Stabilitätsanker in der Region‘ sei. (faz.net 8.7.11) Aber dass die weitere Aufrüstung der eh schon militärisch überlegenen Gegner des Iran – unter Einschluss der USA und Israels – in Kombination mit einem entfesselten Wirtschaftskrieg die Gefahr eines Angriffskrieges auf den Iran erhöht oder andererseits dessen Atomprogramm beschleunigt, um von einem Angriff abzuschrecken, blendet diese Argumentation aus. Die Panzer aus Deutschland sind dabei ein wesentliches Element, sollen sie doch drohende Aufstände in den Ländern der Angreifer niederschlagen. Der Angriff auf den Iran wird dadurch wahrscheinlicher, je besser es den Angreifern gelingt, eventuelle iranische Gegenmaßnahmen zu minimieren. Bei fortgesetzter Aufrüstung der arabischen Golfstaaten kommt es entweder zu einem Angriff auf den Iran oder der Iran wird zur Atommacht. In jedem Fall wird die Lage instabiler – und die Bundesregierung trägt aktiv dazu bei.

U-Boote für Israel

Die Kieler Werft HDW ist Weltmarktführer im U-Boot-Bau mit nicht-nuklearem Antrieb. 19 von 36 Marinen der Welt verfügen über U-Boote von HDW. HDW gehört seit 2005 dem ThyssenKrupp-Konzern, dessen Hauptverwaltung seit 2010 in Essen ansässig ist. Die Elektronik und die Torpedos für die U-Boote liefert die Bremer Firma Atlas Elektronik, die wiederum mehrheitlich ThyssenKrupp gehört.

1999 und 2000 lieferten HDW und die Nordseewerke drei U-Boote der Dolphin-Klasse an Israel. Diese U-Boote wurden mit 560 Millionen Euro vom deutschen Steuerzahler finanziert, weil Israel das Geld dafür fehlt. Die U-Boote haben diesel-elektrischen Antrieb und haben eine Reichweite von knapp 9000 km. Sie sind auf das Mittelmeer ausgelegt. Nachträglich hat Israel in die U-Boote vier vergrößerte Torpedöffnungen eingebaut. Viele Fachleute gehen davon aus, dass diese für Marschflugkörper verwendet werden können, die atomar bestückt sind. Beweise dafür gibt es allerdings nicht. Israel gilt als Atommacht mit einem geschätzten Arsenal von 200 Sprengköpfen, was es aber nicht zugibt.

Die rot-grüne Bundesregierung genehmigte noch als letzte Amtshandlung 2005 die Ausfuhr von zwei vergrößerten U-Booten der Dolphin-Klasse nach Israel. Sie heißen Dolphin II. Ihre Brennstoffzellenantriebstechnik macht die Boote von der Außenluft weitgehend unabhängig, so dass

sie drei bis vier Wochen getaucht fahren können. Dabei können sie eine Strecke von 22.000 km zurücklegen, so dass ihr Einsatzgebiet auf die Arabische See und den Persischen Golf erweitert werden kann. Sie sind sowohl für Flachwasser als auch für die Hochsee ausgelegt. Die Bundeswehr verwendet bereits vier dieser brennstoffzellenbetriebenen U-Boote. Zwei weitere dieses Typs 212 sind im Bau.

Die U-212 und auch die Dolphin II sind die kampfstärksten konventionell angetriebenen U-Boote überhaupt. Das wird durch die neuartigen deutschen Schwergewichtstorpedos DM 2 A4 „Seehecht“ erreicht. Er trifft Überwasserschiffe und U-Boote auch jenseits des Horizonts. Die U-Boote bewegen sich quasi lautlos - „selbst amerikanische Atom-Boote sind lauter“ („Kaleu“ der U-32, Hamburger Abendblatt 15.10.2005). Sie werden deshalb vor allem als exzellentes Aufklärungsmittel gepriesen. Eins dieser U-Boote kann „800 km Küste kontrollieren“. Über die militärische Funktion dieser U-Boote schreibt der zuständige Referatsleiter im Bundesverteidigungsministerium Kapitän zur See Wallner: „Zur Jagd auf ein U-Boot mit derart ausgeprägten ‚Stealth-Eigenschaften‘ wie die U-212 A sind nur eine Handvoll Marinen überhaupt in der Lage – und die zählen zu unseren Verbündeten oder Freunden“¹. Und weiter: „Wird ein U-Boot im Operationsgebiet auch nur vermutet, beginnt bereits seine Wirkung. Je nach taktischer Lage bzw. politischer Weisung steht dem Kommandanten die bewusste Preisgabe seiner Präsenz als eskalatorische Maßnahme zur Verfügung. Er verwehrt dem Gegner die ungehinderte Nutzung von Seegebieten und Seeverbindungslinien und ist zu vernichtenden Schlägen gegen seine Überwasser- und U-Boot-Kräfte fähig.“² Wallner weiter: „Das U-Boot ist ein enormer ‚Force Multiplier‘, weil ein Vielfaches an U-Boot-Jagd-Plattformen gebunden – oder sogar eine ganze Flotte neutralisiert werden kann. [...] Primäre Aufgabe des U-Bootes ist und bleibt der Kampf gegen Seestreitkräfte.“³

Träfe die Vermutung zu, dass auch diese Dolphin-II-U-Boote nuklear ausgerüstet wären, würde sich Israel damit eine quasi unverwundbare atomare Zweitschlagkapazität verschaffen, aber, mit den neuesten U-Boot-Modellen, auch offensive Optionen. Sie eignen sich wegen ihrer langen Unterwasserstehzeiten in hohem Maße zu Aufklärungszwecken, Zielzuweisungen und den Beschuss von Landzielen – auch mit konventionellen Mitteln. Über die Torpedorohre können auch Kampfschwimmer zu Geheimeinsätzen an Land abgesetzt werden. Die britische Sunday Times zitiert den Kommandeur der israelischen U-Boot-Flotte: „Wir sind eine Unterwasser-Angriffs-Macht. Wir operieren tief und weit, sehr weit weg von unseren Küsten.“ (Uzi Mahnaimi, „Israel stations nuclear missile submarines off Iran, thesundaytimes.co.uk 30.5.10). Die Sunday-Times bezog diese Aussage auf die iranische Küste.

Die beiden U-Boote der Dolphin-II-Klasse sollen 2013 einsatzbereit sein und kosten etwa eine Milliarde Euro, wovon der deutsche Steuerzahler direkt ein Drittel beisteuert und indirekt durch den Kauf von Rüstungsgütern in Israel ein weiteres Drittel. Ein Drittel der Kosten trägt Israel. Anfang Juni unterzeichnete die Bundesregierung den Vertrag über ein drittes Dolphin-II-U-Boot. Geliefert wird bis 2017. Der deutsche Steuerzahler gibt dafür 135 Millionen Euro, so dass sich die deutsche Spende für die sechs israelischen U-Boote auf insgesamt 1,03 Milliarden Euro summiert. Israel erwägt den Kauf von noch drei weiteren und die Umrüstung der drei Dolphin-I-U-Boote mit Brennstoffzellen.

Fragen an die Bundesregierung, was sie über die nukleare Bewaffnung dieser U-Boote wisse, beantwortet sie so: „Die Bundesregierung beteiligt sich nicht an Spekulationen über eine mögliche Bewaffnung.“ (Sevim Dagdelen, Antwort von Staatssekretär Christian Schmidt, Drucksache 5/329).

¹ Raimund Wallner, Kapitän zur See, Zweites Los U 212A, Strategie und Technik, Oktober 2006, 74 Seiten S. 56 bis 61, S. 60, Wallner ist Referatsleiter im BMVg, Rüstungsabteilung Rü VII 3 (Ausrüstung und Technologie See). Er ist u.a. für das zweite Los der U-Boote 212A zuständig.

² Wallner, S. 60

³ Wallner, S. 60

Dabei sind Aussagen bekannt von Leuten, die darüber Bescheid wissen. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Carsten Vogt (SPD) sagte dem SPIEGEL: „wenn wir danach gefragt hätten, wäre das Schlimmste gewesen, wenn die Israelis uns eine ehrliche Antwort gegeben hätten.“ (jw 15.6.12) SPIEGEL ONLINE schreibt: „Ehemalige hochrangige Beamte im Verteidigungsministerium wie der ehemalige Staatssekretär Lothar Rühl oder der Ex-Chef des Planungsstabs Hans Rühle haben gegenüber dem SPIEGEL erklärt, sie seien schon immer davon ausgegangen, dass Israel auf den U-Booten Nuklearwaffen stationieren werde. Rühl hat darüber auch mit Militärs in Tel Aviv gesprochen.“ (SPON 3.6.12)

Die Merkel-Regierung verhält sich hier wie die drei Affen: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen.

U-Boote für Ägypten

Anfang September wurde bekannt, dass der Bundessicherheitsrat bereits am 28. November 2011 (Spiegel online 11.9.12) der Lieferung von zwei U-Booten der Klasse 209 nach Ägypten zugestimmt hatte. Der Wert wird auf 440 Mio. Euro geschätzt. Ausgeliefert werden sollen sie ab 2016. (In-online.de 4.9.12) Die Entscheidung fiel genau am ersten Tag der Parlamentswahl in Ägypten. Das Militär unter Feldmarschall Tantawi hatte die Zügel damals noch fest in der Hand. Israel hatte zunächst nichts gegen diesen Deal. Nachdem aber der neu gewählte Präsident Mursi, der den islamistischen Muslimbrüdern entstammt, Mitte August Tantawi entmachtete und den militärischen Oberbefehl übernahm, erhob die israelische Regierung Einwände gegen den U-Boot-Deal, weil sie dem Kurs Mursis nicht traue. Daraufhin versprach Kanzlerin Merkel, dass sich der Bundessicherheitsrat mit dem Beschluss noch ein weiteres Mal beschäftigen werde – „und, sollte die neue ägyptische Führung eine israelfeindliche Politik betreiben, werde die bisherige Zusage widerrufen.“ (Spiegel online.de 11.9.12) Stellt sich die Frage, gegen wen die deutschen U-Boote in ägyptischer Hand gerichtet sind? Etwa gegen den Iran? In jedem Fall wird wieder in ein Spannungsgebiet geliefert, obwohl das den Politischen Grundsätzen widerspricht.

Abschließend noch vier deutsche Exportprojekte an Großwaffen für den arabischen Raum.

- Die ebenfalls zum Thyssen-Krupp-Konzern gehörende Werft Blohm+Voss hat im September 2011 mit Algerien einen Vertrag unterzeichnet, zwei Fregatten für 400 Mio. Euro bis 2020 zu liefern, und in Algerien eine Werft aufzubauen, um zwei weitere Fregatten zu bauen.
- Israel hat Interesse an zwei Korvetten, die bei Blohm+Voss in Tarnkappenbauweise gebaut werden sollen. Bezahlen sollen sie die Bundesrepublik Deutschland.
- Die Emirate wollen 600 Radpanzer für 1,5 Milliarden Euro kaufen. „Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann hoffen auf einen Großauftrag“, schreibt das Handelsblatt. (handelsblatt.com 12.2.12)
- Im ostalgerischen Constantine wird Rheinmetall in den nächsten Jahren eine Fabrik zur Herstellung von FUCHS-Panzern für die algerische Armee bauen. Rheinmetall betrachtet Algerien als „strategisch wichtigen neuen Markt“.

Exportschlager Kleinwaffen

Kommen wir nach dem Export von schweren Waffen zur Kategorie der extrem bedeutsamen Kleinwaffen. Der Begriff „Kleinwaffe“ klingt harmlos. Aber die Waffen sind es keineswegs – im Gegenteil. Denn unter diese Kategorie fallen neben Pistolen und Revolvern auch Maschinen- und Schnellfeuergewehre, Maschinenpistolen und kleine Mörser. Diese sind wahre Massenvernichtungswaffen: „Laut einer Studie des Internationales Roten Kreuzes sterben von 20 Toten auf den Schlachtfeldern der Welt 19 durch Kleinwaffen.“ (ND 28.8.12) Offizielle Schätzungen gehen von mehr als 400.000 Toten jährlich durch Kleinwaffen aus. (ebenda) Die deutsche Firma

Heckler&Koch (H&K) hat etwa 15 Millionen Gewehre des Typs G3 hergestellt. Völlig legal wurden sie in 88 Staaten exportiert. Schätzungen sprechen davon, dass seit 1949, dem Jahr der Firmengründung von Heckler&Koch, etwa 1,5 Millionen Menschen mit H&K-Produkten getötet wurden.

Lizenzvereinbarungen zum Nachbau gibt es mit der Türkei, Saudi-Arabien, Mexiko, Iran und Pakistan. G-3-Gewehre finden sich heute im Bürgerkrieg in Somalia, in Thailand, türkische Soldaten töteten mit dem G-3-Gewehr Kurden, das mexikanische Militär setzte sie in Chiapas ein.

Wo die Waffen letzten Endes landen, ist nicht steuerbar. Zum Beispiel fanden sich unter dem Schah-Regime in Lizenz hergestellte Waffen im Bürgerkrieg im Südsudan und in Darfur wieder. Pakistan hat H&K-Waffen unkontrolliert exportiert. Im russisch-georgischen Krieg befanden sich G-36-Gewehre von Heckler& Koch auf der Seite Georgiens im Einsatz; ebenso im Libyen-Krieg 2011. Und das, obwohl Libyen und Georgien nicht direkt beliefert worden sind.

Allein im Jahr 2010 erteilte die Regierung die Genehmigung für den Export von Kleinwaffen in 31 Staaten außerhalb von EU und NATO. Fast 30 Prozent davon gingen 2010 an das repressive Regime in Saudi-Arabien (3008 Gewehre, 56330 Bestandteile für Gewehre sowie 30002 Bestandteile für Maschinenpistolen). Zudem wurden der Golfmonarchie 20 Millionen Bestandteile für Gewehrmunition genehmigt. 2011 wurde bekannt, dass Heckler&Koch in Saudi-Arabien eine Fabrik für Sturmgewehre des Typs G36 errichtet hat. Sie hat bereits die Produktion aufgenommen und wirbt für den Export.

Weitere Genehmigungen für den Export von Kleinwaffen wurden 2010 an das Königreich Bahrain erteilt (gewaltsame Niederschlagung friedlicher Demonstranten seit März 2011). Deutschland ist der drittgrößte Kleinwaffenexporteur der Welt – nach den USA und Italien. (nd vom 29.11.2011)

Es stellt sich die Frage, weshalb diese Ausfuhren genehmigt werden, denn die Regierung beruft sich auf ihre „Politischen Grundsätze“, wonach insbesondere in diese Drittländer außerhalb von NATO und EU der Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern „restriktiv gehandhabt“ wird. Jedoch kommt auch hier die oben zitierte Ausnahmeregelung ins Spiel („dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland [...] für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen“). Ausnahmsweise? Schauen wir uns die Genehmigungen für Kleinwaffen nur seit 2005 an. Bahrain wurden Kleinwaffen 2006, 2007 und 2009 genehmigt, und Indien, Mexiko, die Philippinen und Saudi-Arabien erhielten seit 2005 Jahr für Jahr Genehmigungen. Klar ist, die Ausnahmen sind die Regel, so dass die Regierungsgrundsätze nur dazu da sind, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen.

Die Bevölkerung lehnt Rüstungsexporte mit großer Mehrheit ab. Das ergab zuletzt eine repräsentative Emnid-Umfrage Anfang Oktober 2011. Auf die Frage „Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Waffen und andere Rüstungsgüter in andere Länder verkaufen oder nicht?“ antworteten 78 Prozent mit „nicht verkaufen“. Eine ähnliche Frage lautete: „In den Kriegs- und Krisengebieten werden die meisten Menschen durch Pistolen, Gewehre und Maschinenpistolen getötet. Sollte Deutschland den Verkauf solcher Waffen ins Ausland grundsätzlich verbieten?“. Ja sagten 73 Prozent.

Für ein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten setzt sich die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ ein. Die Kampagne hat das Ziel, dass das grundsätzliche Verbot von Rüstungsexporten ins Grundgesetz aufgenommen wird. Unter die Forderung werden bundesweit Unterschriften gesammelt.

www.aufschrei-waffenhandel.de

Lühr Henken ist einer der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag (www.ag-friedensforschung.de) und im Beirat der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. (www.imi-online.de)

34940